

An die
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

Per Mail: netzausbauplanung-strom@e-control.at

**Netzentwicklungspläne 2015
für das Übertragungsnetz der Austrian Power Grid AG (APG) und für das Vorarlberger
Übertragungsnetz (VÜN), Stellungnahme**

Wien, 30. September 2015

Die Landwirtschaftskammer Österreich nimmt zu den im Betreff angeführten Entwürfen wie folgt Stellung:

Allgemeine Anmerkungen:

Viele der Projekte sind letztlich mit Inanspruchnahme von Grundeigentum oder Nachteilen in der Nutzung oder Bewirtschaftung von Flächen und Gebäuden verbunden. Demgemäß haben grundlegende Genehmigungen im Netzentwicklungsplan auch weitreichende Auswirkungen für Grundeigentümer zur Folge.

Aufgrund dessen fordert die Landwirtschaftskammer Österreich die Regulierungsbehörde unter Bezugnahme auf die Stellungnahmen und die Bescheide zum Netzentwicklungsplan 2013 und 2014 auf, im Genehmigungsbescheid neuerlich klar darzulegen, dass die technische Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit der Projekte insgesamt, jedoch nicht im Detailgrad eines Einreichprojektes im materienrechtlichen Genehmigungsverfahren, geprüft wird.

Des Weiteren werden deutliche Aussagen eingefordert, dass die Genehmigung des Netzentwicklungsplanes nicht sonstigen Genehmigungen nach Materiengesetzen vorgreift, durch den Bescheid keine Beurteilung des öffentlichen Interesses vorgenommen wird, keine Festlegungen über die konkrete Art der technischen Ausführung (z.B. Kabel/Freileitung) getroffen werden sowie die geäußerten Wünsche der APG nach geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen (siehe S9 und S17f) nicht Gegenstand im Genehmigungsverfahren zum Netzentwicklungsplan sind.

Hinsichtlich der seitens der APG geäußerten Wünsche nach geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen wird die Regulierungsbehörde ersucht, eine Entfernung aus dem Netzentwicklungsplan mangels Gegenständlichkeit zu prüfen. Es besteht keine gesetzliche Aufforderung an den Übertragungsnetzbetreiber für diese Darlegungen.

Die Landwirtschaftskammer Österreich spricht sich entschieden gegen Einschnitte bei legislativen Rahmenbedingungen oder in Genehmigungsverfahren zulasten von Bürgern und Grundeigentümern aus (Korridorsicherungen, Aushöhlung von Genehmigungsverfahren oder Parteistellungen des Grundeigentümers; Harmonisierung der Grenzwerte zugunsten der Projekte, erleichtertes Upgrade, Klarstellung eines öffentlichen Interesses bereits durch einen Netzentwicklungsplan,...).

Grundsätzlich ist bei allen Infrastrukturprojekten die rechtzeitige Einbindung aller betroffenen Parteien von enormer Wichtigkeit, insbesondere die Einbindung der von Projekten betroffenen Grundeigentümer. Ein zentrales Thema der Akzeptanz von Projekten durch Grundeigentümer wird künftig sein, eine akzeptable Lösung für Grundeigentümer in puncto steuerlicher Behandlung von – zum Ausgleich der vermögensrechtlichen Nachteile der Grundeigentümer – zu leistenden Entschädigungen zu schaffen. Von den Energieversorgungsunternehmen wird nur eine angemessene Vergütung für entstehende Vermögensnachteile gewährt. Darüber hinaus wird eine moderate Überzahlung geleistet. Nicht nachvollziehbar ist deshalb, dass von der Finanzverwaltung z.B. ein steuerpflichtiger Anteil in Höhe von 70 % angesetzt wird. Für den weiteren Infrastrukturausbau und die postulierte Energiewende im Strombereich ist daher eine Adaption der derzeit von der Finanzverwaltung angewandten Beurteilung von Entschädigungszahlungen betreffend den Anteil der steuerfreien Bodenwertminderung an der Gesamtentschädigung für Leitungs-/Infrastrukturprojekte erforderlich. Nur so kann der Ausgleich vermögensrechtlicher Nachteile gesichert werden. Für zukünftige Projekte wäre aus Sicht der Landwirtschaftskammer Österreich sogar eine gesetzliche Steuerbefreiung von Entschädigungen für Grundinanspruchnahmen bei Infrastrukturprojekten im öffentlichen Interesse sachlich gerechtfertigt. Andernfalls wird die Zustimmung zu Leitungsprojekten auf gutlichem Wege kaum möglich sein. Die Landwirtschaftskammer Österreich ersucht die Regulierungsbehörde daher, die Problematik der steuerlichen Beurteilung von Entschädigungszahlungen für Leitungs-/Infrastrukturprojekte vor den zuständigen Stellen darzulegen. Ebenso wird die APG ersucht, die Interessen der betroffenen Grundeigentümer weiter zu unterstützen und die Problematik aufzuzeigen.

Zur erforderlichen Anpassung der Bodenabstände von Freileitungen für die Nutzbarkeit und Bewirtschaftbarkeit der Flächen hat die Regulierungsbehörde im Bescheid 2014 festgehalten, dass dies im UVP-Verfahren bzw. im sonstigen Genehmigungsverfahren zu untersuchen sein wird. Die Landwirtschaftskammer Österreich erlaubt sich aufgrund der Auswirkungen auf die Projektierung dennoch an dieser Stelle neuerlich auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Bodenabstände hinzuweisen.

Allgemein zur Projektdarstellung: Die Landwirtschaftskammer Österreich fordert zur verbesserten Nachvollziehbarkeit von Projektänderungen und – weiterentwicklungen künftig bei der Erstellung des NEP Änderungen des Projekthinhaltes¹ gegenüber dem Projekthinhalt des Vorjahres entsprechend zu kennzeichnen und seitens der Regulierungsbehörde die Genehmigung von geänderten Projekten explizit auszuweisen.

Anmerkungen im Detail:

Zu Projekt 15-1 UW St. Peter: 3. 380/220-kV-Umspanner und Projekt 14-2 220-kV-Leitung St. Peter – Hausruck – Ernsthofen: Ersatzneubau

Die Unterlagen führen aus, dass der geplante dritte Umspanner unter anderem eine wichtige Voraussetzung für den Ersatzneubau der 220-kV-Leitung St. Peter – Hausruck – Ernsthofen sei. In dem Zuge sollte ein erweitertes Konzept umgesetzt werden und die Netzabstützung in Oberösterreich gesamthaft verbessert werden. Durch weitere Umspannanlagen im UW Hausruck und Vorziehen der Umsetzung betreffend UW Innkreis kann die Aufteilung in Netzbezirke erreicht werden. Der für den Netzausbau auf der 110-kV-Ebene limitierende Faktor Kabelausbaureserve des gelöschten Netzes² kann dadurch beseitigt werden. Es wird die Möglichkeit geschaffen, als erforderlich erachtete Leitungsverbindungen auch als Erdkabel zu errichten.

Die Landwirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Punkte und steht für weitergehende Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Schultes
Präsident der
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer Österreich

¹ vgl. beispielsweise Änderung bei Projekt 12-10 zwischen NEP 2014 und 2015

² vgl. Gutachten TU Graz (2010) Wissenschaftliches Gutachten 110-kV-Leitungsverbindung Almtal – Kremstal, S. 110ff; http://www.hochspannungsblog.at/wp-content/uploads/2012/10/20110224_Gutachten_TU_Graz_Almtal-Kremstal.pdf